

**»WELCHE FEHLER DER AMPEL-REGIERUNG STÄRKEN DIE AFD? – ein Analysepapier von: Die Familienunternehmer e. V.«  
Gegenüberstellung: Darstellungen des Vereins »Die Familienunternehmer e. V.« und Positionen der AfD-Bundestagsfraktion**

<p>Die Familienunternehmer</p>	
<p><b>Vorbemerkung</b></p>	<p><b>Vorbemerkung</b></p>
<p>»Nachdem wir in einem eigenen Papier analysiert haben, dass die Wirtschaftspolitik der AfD für den familiengeführten Mittelstand kontraproduktiv bis gefährlich ist (›Die wirtschaftsfeindliche Politik der AfD‹), setzen wir uns nun damit auseinander, wie sehr die Politik der Ampel-Regierung dazu beigetragen haben könnte, viele Bürger geradezu in die Arme der AfD zu treiben.</p> <p>Was könnte realistisch dazu beigetragen haben, dass die AfD gerade in den ersten zwei Jahren der Ampel-Koalition auf Bundesebene weiter deutlich erstarkt und sich schon seit längerem als die zweitstärkste Partei etablieren konnte? Gibt es konkrete gesetzgeberische und administrative Fehler der Ampel-Koalition, die hier mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit einen Negativ-Beitrag geleistet haben? Welche politischen Fehler der Ampel-Koalition haben sich geradezu dafür angeboten, von populistischen Parteien ausgenutzt zu werden? Wodurch wurde seitens der Ampel das Grundvertrauen breiter Kreise der Wähler in die fortdauernde Wirtschaftskraft des Landes erschüttert – und das mit Auswirkungen bei den Umfragen nach der politischen Präferenz?«</p>	<p>Der methodische Ansatz des Analysepapiers ist verdreht: Es kann – aus Sicht der Familienunternehmer – nicht darum gehen, welche Fehler der Ampel-Regierung die AfD stärken. Es kann nur darum gehen, welche Fehler der Ampel-Regierung Deutschland und die Familienunternehmer schwächen.</p> <p>Hier werden durch den Verein die ureigenen Interessen der Familienunternehmer ausgeblendet und es wird plumpe politische Stimmungsmache betrieben.</p>

1. Migrationspolitik (BMI)	1. Migrationspolitik (BMI)
<p><b>1. Migrationspolitik, Seite 5, 1. Absatz</b></p> <p>»Die Migrationspolitik ist aus Sicht der AfD die Mutter aller Probleme. Das hat die AfD bereits während der Regierung Merkel erstarken lassen und so nun auch unter der Ampel-Regierung. Während die Zuwanderung tatsächlicher Fachkräfte aus Drittstaaten weiter eher schleppend vorangeht, findet die Asylumigration kaum gebremst ungeregelt statt. So fanden allein von den 176.000 illegalen Grenzübertritten in die EU im ersten Halbjahr 2023 46.000 nach Deutschland statt. Bereits Ende 2022 verzeichnete Deutschland über 300.000 ausreisepflichtige Ausländer. Dem Deutschland-Trend (September 2023) zufolge sind dann auch 78 Prozent der Deutschen unzufrieden mit der Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft, 78 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und 80 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit der Abschiebepolitik. Für viele Deutsche ist die unkontrollierte Zuwanderung demnach nicht nur ein Sicherheitsrisiko. Sie stellt auch eine gelingende Integration zunehmend in Frage und viele Bürger begreifen den Staat auch nicht mehr als Rechtsstaat, wenn es um den Umgang mit illegalen Asylbewerbern geht.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Stimmt mit den Standpunkten der AfD-Bundestagsfraktion überein.<sup>1</sup></p> <p>»Die AfD-Fraktion im Bundestag fordert als wichtigsten Schritt hin zu einer Zeitenwende in der Migrationspolitik den sofortigen Stopp der ungehinderten illegalen Migration nach Deutschland bei Einreise über bereits sichere Drittstaaten.«<sup>2 3</sup></p>

<sup>1</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Nationale Kraftanstrengung zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern«, Bundestagsdrucksache 20/1508

<sup>2</sup> Pressemitteilung des innenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Dr. Gottfried Curio, vom 09.01.2024: Drastisch steigende Asylzahlen – Migrationswende jetzt; <https://afdbundestag.de/gottfried-curio-drastisch-steigende-asylzahlen-migrationswende-jetzt/>

<sup>3</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten«, Bundestagsdrucksache 20/6184

<p><b>1. Migrationspolitik, Seite 5, 2. Absatz</b></p> <p>»Nicht entgangen sein dürfte vielen Wählern auch, dass es erst zu ernsthafteren staatlichen Kontrollen an den Grenzen kam, nachdem sowohl die AfD bei den Landtagswahlen 2023 in Bayern und Hessen erhebliche Zugewinne verbucht hatte als auch die als Spitzenkandidatin in Hessen angetretene Bundesinnenministerin dort Wahlverliererin wurde. Dabei hatten insbesondere die Bundesländer Brandenburg und Sachsen die Bundesinnenministerin schon lange und wiederholt aufgefordert, die zunehmenden Schleuseraktivitäten an den Grenzen zu Polen und Tschetchien [sic!] mit stationären Grenzkontrollen einzudämmen. Die Bundesinnenministerin hat den Zuwachs der AfD grob fahrlässig in Kauf genommen. Dazu kommen die erkennbaren Kosten für die Asylpolitik – bei zunehmend knappen Kassen. Alles das dürfte weiterhin ein wichtiger Nährboden sein, auf dem der Erfolg der AfD gedeiht.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Stimmt mit den Standpunkten der AfD-Bundestagsfraktion überein.<sup>4 5</sup></p>
<p><b>1. Migrationspolitik, Seite 5, 3. Absatz</b></p> <p>»Über Wochen registrierten die Bürger im Jahr 2023, dass Kommunen und Landkreise öffentlich ihre migrationspolitische Überforderung meldeten. Sie kamen rein technisch-administrativ mit den enormen Quantitäten der ihnen zugewiesenen Migranten nicht mehr zurecht. Darauf gab es seitens des Bundes nur Beschwichtigungen, aber keine Hilfsangebote. Soweit erkennbar, ist dann auch wenig geschehen. Auch mit der</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Stimmt mit den Standpunkten der AfD-Bundestagsfraktion überein.</p> <p>»Nötig ist ein entschlossenes Umsteuern, das den Zustrom in die längst überforderten Kommunen sofort reduziert.«<sup>6 7</sup></p> <p>Zur Wohnbaupolitik vertreten wir dabei folgende Positionen: Es ist rechtlich sicherzustellen, dass Migranten gegenüber deutschen Staatsbürgern bei der Vergabe von staatlich gefördertem Wohnraum nicht</p>

<sup>4</sup> Pressemitteilung des stellvertretenden innenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Hess, vom 29.09.2023: Stationäre Grenzkontrollen sofort; <https://afdbundestag.de/martin-hess-stationaere-grenzkontrollen-sofort/>

<sup>5</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen und vor unregulierter Massenmigration sofort umsetzen – Frühzeitige Unterrichtung des Parlaments bei kritischen Massenmigrationslagen sicherstellen«, Bundestagsdrucksache 20/6485

<sup>6</sup> Pressemitteilung des innenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Dr. Gottfried Curio, vom 11.05.2023: Zustrom von Migranten in die überforderten Kommunen muss sofort reduziert werden; <https://afdbundestag.de/gottfried-curio-zustrom-von-migranten-in-die-ueberforderten-kommunen-muss-sofort-reduziert-werden/>

<sup>7</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Migrationsbedingte Notlage in den Kommunen nicht weiter ignorieren – Sofortige Entlastung durch Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme bewirken«, Bundestagsdrucksache 20/9846

<p>Errichtung stationärer Grenzkontrollen wurde viel zu spät und erst auf großen öffentlichen Druck hin reagiert. Alles das erinnerte schon fast an 2015, das Jahr des von vielen Bürgern empfundenen Kontrollverlustes des Staates, was ein Booster für die AfD war.«</p>	<p>bevorzugt werden. Ferner sollen Kommunen künftig das Recht haben, Zuweisungsentscheidungen aus übergeordneten wohnungs- und sicherheitspolitischen Gründen ganz oder teilweise abzulehnen. Städte und Gemeinden sollen darüber hinaus grundsätzlich von der Zuweisung von Migranten ausgenommen werden, wenn dort Wohnungsnot herrscht und zum Beispiel eine Mietpreisbremse eingeführt worden ist.<sup>8</sup></p>
<p><b>1. Migrationspolitik, Seite 5, 4. Absatz</b></p> <p>»Auch in einem Lebensbereich, den viele Wähler hautnah erleben, wirkt sich die Migrationspolitik einprägsam aus: In den Schulen – und das bundesweit. In 2023 waren für Deutschland die PISA-Ergebnisse wieder sehr ernüchternd. Unstreitig hängt der Rückgang des Leistungsdurchschnitts auch mit dem wachsenden Anteil an Flüchtlingskindern in den Schulen zusammen, zumal wenn sie aus eher bildungsfernen Ländern kommen (wie nur ganz beispielsweise Afghanistan). Gewisse Lösungsansätze wurden in einzelnen Bundesländern (Beispiel Hamburg) entwickelt. Was dabei die Bürger zur AfD treibt, dürfte die gefühlte Ungerechtigkeit sein, dass der Bund Flüchtlinge und Asylbewerber samt ihren Kindern in großer Zahl ins Land lässt, aber dann bei den konkreten Auswirkungen auf den Schulalltag die Bundesländer, die Kommunen und vor allem die Lehrer, Schüler und ihre Eltern mit den sprachlichen, psychologischen und organisatorischen Problemen durch hohe Zahlen an Flüchtlingskindern in den Schulklassen weitgehend allein lässt.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Stimmt mit den Standpunkten der AfD-Bundestagsfraktion überein.<sup>9</sup></p> <p>»Dabei ist die Integrationslage in Deutschland in Wahrheit derart, dass jeder vierte Grundschüler nicht richtig lesen kann und der Niveau-Verfall bei den PISA-Erhebungen jedes Mal eklatanter wird.«<sup>10</sup></p>

<sup>8</sup> Anträge der AfD-Bundestagsfraktion »Städte und Gemeinden vor Wohnungsnot schützen – Vetorecht bei Zwangszuweisungen von Flüchtlingen«, Bundestagsdrucksache 20/6901 und »Kommunen bei Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern am Ende – Fehlanreize durch seriellen Wohnungsbau stoppen«, Bundestagsdrucksache 20/6188

<sup>9</sup> Entwurf der AfD-Bundestagsfraktion eines Gesetzes zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes; Bundestagsdrucksache 19/86

<sup>10</sup> Pressemitteilung des innenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, Dr. Gottfried Curio, vom 23.08.2023: Verschleiern der Staatsbürgerschaft soll fehlende Integration vertuschen; <https://afdbundestag.de/gottfried-curio-verschleiern-der-staatsbuergerschaft-soll-fehlende-integration-vertuschen/>

2. Transferleistungen – Bürgergeld und Wohngeld (BMAS)	2. Transferleistungen – Bürgergeld und Wohngeld (BMAS)
<p><b>2. Transferleistungen, Seite 6, ohne den letzten Satz</b></p> <p>»Das Thema ›Bürgergeld‹ steht sinnbildlich für die im Vergleich großzügigen monetären Leistungen des deutschen Sozialstaates, und ist für die AfD eng mit dem Migrationsthema verwoben. Bei offenen Grenzen werden attraktive sozialstaatlichen [sic!] Leistungen leicht zum Pullfaktor für (illegale) Migration. Mit Unverständnis blickt ein Großteil der deutschen Bevölkerung auf die großzügige Gewährung sozialstaatlicher Leistungen, denen keine nennenswerte Gegenleistung gegenübersteht. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD und wird auch durch Zahlen untermauert. Während die Beschäftigungsquote von Zuwanderern aus der EU-27 bei 63 Prozent liegt, liegt sie bei Angehörigen aus Asylherkunftsländern bei 43 Prozent und bei den Ukrainern bei 25 Prozent. Die Arbeitslosenquote wiederum liegt bei den EU-27 bei 7,9 Prozent, bei Angehörigen aus den Asylherkunftsländern bei fast 30 Prozent und bei den Ukrainern bei fast 49 Prozent. Schließlich liegt die Quote für den Bezug von Bürgergeld bei Zuwanderern aus den EU-27 bei 8,8 Prozent, bei Angehörigen aus den Asylherkunftsländern bei 44 Prozent und bei den Ukrainern bei fast 64 Prozent.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Ausführungen zum Bürgergeld sind nicht falsch, die angeführten Zahlen bilden gleichwohl kein reales Bild ab: Die »Zahlen« sind mit Blick auf die Arbeitsmarktintegration und die Kosten noch negativer.</p> <p>Das Konzept »Bürgergeld« der Altparteien ist gescheitert. Das Bürgergeld ist ein »Migrantengeld«, 62,8 % der erwerbsfähigen Bezieher haben einen Migrationshintergrund.<sup>11</sup> 46,5 % der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind Ausländer.<sup>12</sup> Die Arbeitslosenquote und SGB-II-Hilfequote liegt bei ausländischen Staatsbürgern aus den Hauptasylherkunftsländern bei 30,4 % und 44,1 %; bei den Ukrainern bei 49,7 % und 63,5 %.<sup>13</sup></p> <p>Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Beschäftigungsquote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die Frage, ob durch die Aufnahme einer Beschäftigung sowohl die aktuelle Hilfebedürftigkeit vermieden als auch ausreichende eigene Rentenansprüche erworben werden können. Die hohen SGB-II-Hilfebedürftigkeitsquoten sind ein Indiz dafür, dass hier niedrige Einkommen vorliegen und auch langfristig eine Abhängigkeit von Sozialleistungen bestehen wird.</p>
<p><b>2. Transferleistungen, Seite 6, letzter Satz</b></p> <p>»Die Transferleistungen für Flüchtlinge sind von 1,7 Milliarden Euro (2016) auf 10,4 Milliarden Euro (2023) angewachsen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Zahlen sind an dieser Stelle zu niedrig angesetzt: Der Haushaltsentwurf für 2024 (Stand: Oktober 2023) sieht Gesamtausgaben für</p>

<sup>11</sup> [https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche\\_Formular.html?topic\\_f=migrationshintergrund-migh-hr](https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=migrationshintergrund-migh-hr)

<sup>12</sup> <https://biaj.de/archiv-materialien/1941-erwerbsfaehige-und-nicht-erwerbsfaehige-leistungsberechtigte-in-sgb-ii-bedarfsgemeinschaften-2005-bis-2023.html>

<sup>13</sup> [https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor\\_2403.pdf](https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_2403.pdf)

	<p>Geflüchtete und Asyl in Höhe von rund 24,9 Mrd. Euro vor.<sup>14</sup> In den Angaben des Vereins sind mutmaßlich nur die direkten Sozialtransfers des Bundes enthalten, nicht aber die Kosten für Aufnahme, Unterbringung, Integrationsleistungen, Kosten der Kommunen etc. Auch wechseln z. B. Ukrainer sofort in den Rechtskreis des SGB II und sind in den 10,4 Mrd. nicht enthalten.</p>
<p><b>3. Ausbleibender Wohnungsneubau (Bauministerium, BMWK)</b></p>	<p><b>3. Ausbleibender Wohnungsneubau (Bauministerium, BMWK)</b></p>
<p><b>3. Ausbleibender Wohnungsneubau</b></p> <p>»Als noch wichtiger als das ›Bürgergeld‹ dürfte aber auch das jetzt noch großzügiger vergebene Wohngeld wahrgenommen werden. Das Mieten-Niveau steigt nicht nur in den Ballungsräumen weiter dramatisch an, weil eine schnell wachsende Nachfrage nach Wohnraum auf ein stagnierendes Angebot trifft. Das Versagen der Ampel beim Versprechen, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, schlägt hier fatal aber berechenbar durch. Seit Amtsantritt der Ampel-Regierung bis Ende 2023 wuchs die Einwohnerzahl um rund 1,5 Millionen Menschen, die meisten davon Flüchtlinge aus der Ukraine. Von den steigenden Mieten ist aber ein Großteil der Transfergeldempfänger wegen Wohngeldes nicht betroffen. Die Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen trifft die Preisentwicklung dagegen mit der vollen Härte. Auch das alles ist Wasser auf die Mühlen der Populisten.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Wir teilen die Einschätzungen zur Wohnsituation:</p> <p>Von 2012 bis einschließlich 2022 sind 6.737.502 Millionen Nichtdeutsche hierzulande eingewandert; im Jahresdurchschnitt also rund 674.000 Menschen. Es handelt sich bei diesen Zahlen um die sogenannte Nettozuwanderung – das heißt, dass die Wegzüge Nicht-Deutscher bereits herausgerechnet sind.<sup>15</sup> Deutsche und weitere Einheimische finden – vor allem in Ballungsräumen – kaum noch Wohnungen, geschweige denn bezahlbare. Ferner erhöhen sich die Mieten, denn Mangel erzeugt Nachfragedruck und treibt die Preise hoch. Wenn man unverzüglich die weitere ungebremste Einreise stoppt, alle Fehlanreize des deutschen Asylrechts wie das Bürgergeld, das Bleiberecht für Ausreisepflichtige oder die Turboeinbürgerung streicht und die Menschen zurückführt, deren ursprünglicher Fluchtgrund obsolet geworden ist, die kriminell sind und/oder keine eigenständig wirtschaftliche Bleibeperspektive haben, dann wird sich der Druck im Wohnungsmarkt schnell normalisieren. Hierzu verweisen wir auf unsere sieben Punkte zur »Remigration« – ein Begriff, der in den letzten Wochen durch die</p>

<sup>14</sup> Bundestagsdrucksache 20/9934, Einzelfrage 29

<sup>15</sup> Statistisches Bundesamt, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/wanderungen-zwischen-deutschland-und-dem-ausland.html>, Zugriff am 15. Februar 2024

	<p>politischen Gegner bewusst verzerrt dargestellt wird.<sup>16</sup> Des Weiteren möchten wir auf unseren Antrag »Vom dänischen Umgang mit Parallelgesellschaften lernen – Strategische Wende in der Stadt- und Wohnungsbaupolitik einleiten« hinweisen.<sup>17</sup></p>
<p><b>4. Gebäudeenergiegesetz (BMWK)</b></p>	<p><b>4. Gebäudeenergiegesetz (BMWK)</b></p>
<p><b>4. Gebäudeenergiegesetz, Seite 7, 2. Absatz</b></p> <p>»Das Heizungsgesetz: Für Eigentümer bedeutet dieses Gesetz große finanzielle Belastungen, die ihnen vom Staat gesetzlich auferlegt werden. Die Förderkulisse ist nicht ausreichend, um diese auszugleichen. Im Umfeld von hoher Inflation und steigenden Kosten waren diese Belastungen von vielen tausenden Euro vermutlich ein Grund für das Protestwahl-Verhalten.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Das Heizungsgesetz lehnen wir ab. Dazu haben wir folgende Anträge eingebracht:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine weitere Wohnkostenbelastung – EU-Gebäuderichtlinie stoppen;<sup>18</sup></li> <li>• Verbot von Öl- und Gasheizungen verhindern – Priorisierung der Wärmepumpen beenden;<sup>19</sup></li> <li>• Grüne Inflation und CO<sub>2</sub>-Besteuerung beenden – Wohnen wieder bezahlbar machen.<sup>20</sup></li> </ul> <p>Von Unternehmern kann in diesem Zusammenhang erwartet werden, sich dessen bewusst zu sein, dass die »Förderkulisse« aus Steuergeldern aufgebaut wird. Hier soll über die gesamtgesellschaftlichen Kosten hinweggetäuscht werden. Zahlen tut es letztendlich immer der deutsche Steuerzahler.</p> <p>Deshalb fordert die AfD:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• darauf hinzuwirken, sämtliche nationalen Gesetze, die eine CO<sub>2</sub>-orientierte Bepreisung der Energie-, Wohn- und Treibstoffkosten</li> </ul>

<sup>16</sup> [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/02/2024-01-31-\\_AfD-Faltblatt-\\_7-Punkte-zur-Remigration-\\_web.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/02/2024-01-31-_AfD-Faltblatt-_7-Punkte-zur-Remigration-_web.pdf), Zugriff am 15. Februar 2014

<sup>17</sup> Bundestagsdrucksache 20/10372

<sup>18</sup> Bundestagsdrucksache 20/9305

<sup>19</sup> Bundestagsdrucksache 20/6415

<sup>20</sup> Bundestagsdrucksache 20/3945

	<p>zum Inhalt haben, abzuschaffen, um die Bau- und Baunebenkosten sowie die Wohn- und Wohnnebenkosten nachhaltig zu senken;<sup>21</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Mietpreisexplosion nicht zusätzlich durch ein generelles Betriebsverbot für sichere und technisch einwandfreie Heizsysteme zu forcieren;<sup>22</sup></li> <li>• keinerlei über Sicherheitsbedenken hinausgehende Pflichten zum Austausch von Heizungen zu erlassen;<sup>23</sup></li> <li>• die regierungsverschuldete Heizkostenexplosion zu beenden – unter anderem durch die sofortige Wiederinbetriebnahme der Pipelines »Nord Stream 1 und 2« (soweit möglich) und die unverzügliche Reparatur aller Beschädigungen.<sup>24</sup></li> </ul>
<p><b>4. Gebäudeenergiegesetz, Seite 7, 3. Absatz</b></p> <p>»Zudem fühlten sich breite Teile der Bevölkerung vom Staat bevormundet, was ebenfalls einen Schub für die AfD gegeben haben dürfte, diese Kausalität war auch schon Gegenstand in deutschen Nachrichten. Es sei nebenbei erwähnt, dass mit der Ausdehnung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr das GEG ab 2027 sowieso unnötig ist. Das heißt, diesem enormen politischen Flurschaden steht klimapolitisch keinerlei Gewinn gegenüber – weder ökonomisch noch ökologisch.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Der Verweis darauf, dass das GEG mit einem umfassenden Emissionshandel überflüssig würde, ist im Hinblick auf die Sorgen der Bürger irreführend. Die hohen Kosten – ab 2027 bis mehrere 100 Euro/t CO<sub>2</sub> – resultieren in diesem Fall aus dem notwendigen Zertifikate-Erwerb und werden an die Bürger weitergereicht werden, was nicht weniger kostspielig als das GEG ist. Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich daher für die ersatzlose Streichung sowohl des GEG als auch jedweder CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein.<sup>25</sup></p> <p>Die restlichen Äußerungen auf Seite 7 stimmen mit der Wahrnehmung der AfD-Bundestagsfraktion überein; jedoch handelt es sich bei der</p>

<sup>21</sup> Bundestagsdrucksache 20/3945

<sup>22</sup> Bundestagsdrucksache 20/6415

<sup>23</sup> Bundestagsdrucksache 20/6415

<sup>24</sup> Bundestagsdrucksache 20/3945

<sup>25</sup> Bundestagsdrucksachen 20/9505, 20/8207, 20/7396, 20/6416, 20/6415, 20/4386, 20/36

	Wahrnehmung der Wählerklientel nicht um »Vorurteile« (Seite 7, 4. Absatz), sondern um plausible Schlüsse, wie teilweise sogar die Einlassungen der Familienunternehmer belegen.
<b>5. Deindustrialisierung und Industriestrompreis (BMWK)</b>	<b>5. Deindustrialisierung und Industriestrompreis (BMWK)</b>
<b>5. Industriestrompreis, Seite 8, erster sowie letzter Satz</b> »Nicht nur aber auch durch Entscheidungen der Ampel nimmt die Deindustrialisierung zusätzlich Fahrt auf.« »Die Beschleunigung des Kohleausstiegs verschärft die Zukunftssorgen der Betroffenen noch weiter.«	<b>Fachpolitischer Standpunkt</b> Die Gründe für die Deindustrialisierung sind vielschichtig, jedoch hat die ideologische Energiepolitik der Ampel einen maßgeblichen Anteil daran, weshalb die AfD-Bundestagsfraktion neben der Unterstützung der Kernenergie und der Diversifizierung der Erdgasversorgung auch den Ausstieg aus der Kohleverstromung rückgängig machen möchte. <sup>26</sup>
<b>6. EU-Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor</b>	<b>6. EU-Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor</b>
<b>6. EU-Ausstieg aus dem Verbrennermotor, Seite 8</b> »Die Entscheidung der EU, ab 2035 keine Verbrenner-Autos mehr zuzulassen, zahlt vermutlich gleich mehrfach auf die AfD ein. So fühlen sich viele Bürger wiederum staatlich bevormundet und es entstehen massive Trotzreaktionen. Weiter wissen sie, dass mit dieser Entscheidung ein Teil der deutschen Automobilindustrie geopfert wird, denn E-Autos werden mit wesentlich weniger Arbeitskräften produziert. Auch das führt zu einer schwächeren Wirtschaft, weniger Arbeitsplätzen, weniger Steuereinnahmen und mehr Kosten für den Sozialstaat. Vor allem aber ist das eigene Auto für die allermeisten Menschen die größte Investition, die sie persönlich stemmen. Das staatlich verordnete Verbrenner-Aus hat natürlich Auswirkungen auf den tatsächlichen oder gefühlten Wert des eigenen Verbrenner-Autos. Zudem wäre nach derzeitigem	<b>Fachpolitischer Standpunkt</b> Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt das EU-weite Neuzulassungsverbot ab 2035 entschieden ab. <sup>27</sup> Die Produktion von Verbrennungsmotoren in Deutschland ist bereits weitgehend aufgegeben worden. Dies hat gravierende Einflüsse auf die direkten Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und bei zahlreichen Zulieferern. Eine derartige überstürzte »Transformation« der Arbeitsplätze in andere Branchen ist unmöglich, die Produktionsverlagerung auf andere Kontinente nicht erstrebenswert. Zehntausende kleinere Betriebe können sich teure Investitionen in Elektrofahrzeuge nicht leisten, ihnen droht die Insolvenz, den Mitarbeitern die Arbeitslosigkeit. Die meisten Menschen – insbesondere diejenigen, die aus beruflichen Gründen auf das Automobil angewiesen sind – vermuten zu Recht,

<sup>26</sup> Bundestagsdrucksachen 20/9155, 20/8874, 20/8742, 20/7356, 20/4062, 20/2662, 20/2661, 20/2660, 20/2592, 20/1546, 20/1021, 20/274, 20/35, 20/34, 20/32, 19/27773, 19/23955, 19/23714, 19/22458, 19/22451, 19/22446, 19/22435, 19/22431, 19/22427, 19/20075, 19/17127, 19/14069, 19/10626, 19/09963

<sup>27</sup> Bundestagsdrucksache 20/2350

<p>Preisstand der Ersatz eines bisherigen Verbrenner-Kleinwagens durch ein E-Auto deutlich teurer – was für einen Durchschnittsverdiener eine erhebliche finanzielle Belastung wird, die ihm vom Staat aufgezwungen wird. Verstärkt wird das durch den Widerspruch, dass für die Elektrifizierung des gesamten PKW-Verkehrs gar nicht schnell genug Ladestationen errichtet werden und gleichzeitig Strom in Deutschland zu einer der teuersten Energiequelle [sic!] zählt. All das wissen viele Bürger und wählen entsprechend.«</p>	<p>dass das eigentliche Ziel der Mobilitätswende die Verteuerung und letzten Endes die Abschaffung des motorisierten Individualverkehrs ist. Schon heute können sich viele Berufstätige in ländlichen Räumen die tägliche Fahrt zur Arbeit nicht mehr leisten. Konkurrenzfähige Unternehmen brauchen aber flexible Mitarbeiter, die zu ihren Arbeitsstätten fahren; häufig liegen diese in den stadtnahen Verflechtungsräumen. Die Verkehrspolitik der AfD-Bundestagsfraktion dient im Ergebnis den Unternehmen und sichert attraktive Arbeitsplätze.</p> <p>Durch die Verteuerung des Stroms ist das elektromotorische Fahren inzwischen häufig teurer als das Fahren mit Benzin oder Diesel. Hinzu kommen politische Diskussionen über Kontingentierung und Stromabschaltungen.</p> <p>Die Menschen, insbesondere im ländlichen Raum und in den stadtnahen Verflechtungsräumen, nehmen diese Angriffe auf ihre individuellen Freiheiten und ihre wirtschaftlichen Lebensgrundlagen wahr und wählen aus guten Gründen alternativ.</p>
<p><b>7. Stadt-Land-Konflikt/Umverteilung von unten nach oben</b></p>	<p><b>7. Stadt-Land-Konflikt/Umverteilung von unten nach oben</b></p>
<p><b>7. Stadt-Land-Konflikt/Umverteilung von unten nach oben, Seite 9, 2. Absatz</b></p> <p>»Windparks werden dicht an Dörfern gebaut, die Renditen aus dem EEG fließen aber eher den Städtern zu. Die Anschlusskosten für Windparks in relativ dünn besiedelten Regionen treiben zudem den Strompreis in den Dörfern. In den Städten ist der öffentliche Nahverkehr wesentlich besser ausgebaut, während die Landbevölkerung gezwungen ist, auf das Auto zurückzugreifen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Das Windenergieflächenbedarfsgesetz muss unverzüglich entschärft werden, denn es zwingt den Ländern jeweils angepasste Flächenbeitragswerte auf, um das Ziel zu erreichen, zwei Prozent deutschen Bodens für den Ausbau von Windenergie auszuweisen. Die AfD-Bundestagsfraktion lehnt jede Bevorzugung oder Begünstigung bei der Betriebsgenehmigung für sogenannte »Erneuerbare Energien« ab und fordert die Bundesregierung auf, Rechenschaft über das Wirken von Lobbyorganisationen der Wind- und Solarindustrie bei der Erstellung</p>

	<p>von Bundesgesetzen abzulegen. Eine Unterrichtung des Bundestages muss ferner Auskunft über das Ausmaß der gesamten technischen Infrastruktur geben, die die sogenannte »klimagerechte Transformation« deutscher Kultur- und Naturräume in Stadt und Land nach sich zieht.<sup>28</sup></p> <p>Wir fordern diesbezüglich:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) eine verlässliche und kostengünstige digitale Infrastruktur für Wohnungen und Betriebe gleichermaßen zu gewährleisten, vor allem durch den Ausbau der Breitbandversorgung;</li><li>b) eine auf die Bedürfnisse und Präferenzen von Familien und Arbeitnehmern ausgerichtete Anbindung des ländlichen Raums an die Städte zu schaffen und dabei eine durchgehende Vernetzung aller Mobilitätsangebote und Verkehrsträger zu ermöglichen;</li><li>c) die Straßeninfrastruktur für den Güter-, Gewerbe- und Individualverkehr instand zu setzen und auszubauen sowie den Investitionsstau aufzulösen;</li><li>d) Institutionen und Strukturen für Bildung und Ausbildung zu erhalten und gegebenenfalls zu modernisieren sowie die Digitalisierung des Schulbetriebs wo nötig zu forcieren;</li><li>e) den Bedarf an speziellen Berufsbildern, wie etwa Landärzten, valide festzustellen und einem etwaigen Mangel durch geeignete Maßnahmen abzuhelpen;</li><li>f) durch eine unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik für die Entschlackung bürokratischer Prozesse – etwa durch die Reduzierung von überbordenden Berichts-, Informations- und Nachweispflichten für Unternehmen – zu sorgen, Unternehmens-</li></ul>
--	---

<sup>28</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Deutsche Kulturlandschaften verteidigen – Flächenfraß und visuelle Raumnahme der Wind- und Solarindustrie bekämpfen«, Bundestagsdrucksache 20/9799

	<p>nachfolgen zu erleichtern sowie steuerliche Anreize für die Neuansiedlung von Unternehmen zu setzen;</p> <p>g) gemeinsam mit den Ländern und privaten Eigentümern die leerstehenden Wohnungen marktfähig zu machen und diese gegenüber Berufseinsteigern und jungen Familien zu bewerben.<sup>29</sup></p>
<b>8. Moderner Staat und Handlungsfähigkeit durch Verwaltungsdigitalisierung</b>	<b>8. Moderner Staat und Handlungsfähigkeit durch Verwaltungsdigitalisierung</b>
<p><b>8. Moderner Staat und Handlungsfähigkeit durch Verwaltungsdigitalisierung, Seite 10, 1. Absatz</b></p> <p>»Die Politik geht keine ernsthaften Reformen der öffentlichen Verwaltung an. Anstatt durch Strukturreformen, systematische Fortbildungen und Digitalisierung den öffentlichen Dienst zu modernisieren, ist nur ein Stellenaufwuchs zu beobachten. Der staatlichen Verwaltung fehlt die Effizienz.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Diese Kritik teilt die AfD und fordert daher, Verwaltungsdienstleistungen für Unternehmen und Bürger vollständig digitalisiert anzubieten.<sup>30</sup></p>
<p><b>8. Moderner Staat und Handlungsfähigkeit durch Verwaltungsdigitalisierung, Seite 10, 2. Absatz</b></p> <p>»Die Bürger vor Ort und ganz besonders die Handwerker, Selbstständigen und Unternehmer sehen eine rasant wachsende Bürokratie, die immens belastet, aber keinen Staat, der auch sich selbst zu verbessern versucht. Die Ampel agiert nach dem Motto ›Digitalisierung second‹.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Deutschland hat ein herausragendes wirtschaftliches Potenzial, das von der Ampel-Regierung durch zahlreiche unternehmensfeindliche Regulierungen unterdrückt wird. Die Digitalisierung kann helfen, überbordende Bürokratie abzubauen, allerdings ist auch sie kein Allheilmittel. Wir brauchen vielmehr ein Maßnahmenbündel, um Deutschland wieder auf den Pfad wirtschaftlicher Prosperität zu führen. Dafür streitet die AfD.<sup>31</sup></p>

<sup>29</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Folgen von Massenmigration, Wohnungsnot und Stadt-Land-Flucht bewältigen«, Bundestagsdrucksache 20/5818

<sup>30</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Deindustrialisierung stoppen – Unternehmen und Bürger mit Bürokratieabbau entlasten«, Bundestagsdrucksache 20/8875

<sup>31</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Deindustrialisierung stoppen – Unternehmen und Bürger mit Bürokratieabbau entlasten«, Bundestagsdrucksache 20/8875

**8. Moderner Staat und Handlungsfähigkeit durch Verwaltungsdigitalisierung, Seite 10, 3. Absatz**

»Alle abgefragten staatlichen Dienstleistungen und Institutionen haben in 2023 schlechtere Performance-Noten bekommen als im Vorjahr – außer der einzigen Partei, die bisher noch nirgendwo in Regierungsverantwortung war und deshalb als unbelastet gilt – der AfD.«

**Fachpolitischer Standpunkt**

Die AfD setzt sich für eine soziale Marktwirtschaft ein, in der sich Familienunternehmen ohne staatliche Gängelungen frei entfalten können. Dies schafft Arbeitsplätze und fördert den Wohlstand, der die Grundlage unseres Sozialstaats bildet. Viele Bürger und Unternehmer spüren die Auswirkungen der politischen Fehlentwicklungen und sehnen sich nach einer vernünftigen Politik, die es ihnen und ihren Familien ermöglicht, frei und selbstbestimmt zu leben. Das vorliegende Analysepapier dokumentiert eindrucksvoll, in welche politische Misere die Ampel-Regierung Deutschland geführt hat.

»DIE WIRTSCHAFTSFEINDLICHE POLITIK DER AFD – ein Analysepapier von: Die Familienunternehmer e. V.«

Gegenüberstellung: Darstellungen des Vereins »Die Familienunternehmer e. V.« und Positionen der AfD-Bundestagsfraktion

<p>Die Familienunternehmer</p>	
<p><b>Zusammenfassung</b></p>	<p><b>Zusammenfassung</b></p>
<p><b>Zusammenfassung, Seite 3, 1. Spiegelstrich</b></p> <p>»Die AfD will Kitaplätze und Ganztagschulplätze reduzieren. Bisher berufstätige Mütter sollen ihre Kinder zuhause erziehen. Die Konsequenz: Vielen jungen Familien fehlt damit ein zweites Einkommen. Vielen Unternehmen fehlen die weiblichen Fachkräfte, so dass sie Aufträge ablehnen müssen, was zum Schrumpfen statt zum Wachstum führt.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Wir möchten Familie und Beruf miteinander vereinbaren bzw. Wahlfreiheit für eine individuelle Kindererziehung schaffen, ohne »Druck zur doppelten Berufstätigkeit«.<sup>1</sup> In der Zusammenfassung (siehe unten 3. Fachkräfte, Seite 7, 5. Absatz) wird die Behauptung ohne jeglichen Nachweis weiter verschärft und mit negativen Konsequenzen belegt, was zu einer Verzerrung unserer Zielrichtung<sup>2</sup> führt.</p>
<p><b>Zusammenfassung, Seite 3, 2. Spiegelstrich, 1. Satz</b></p> <p>»Die AfD will die Rente mit 63 beibehalten, wodurch allein in 2022 rund 200.000 Arbeitnehmer vorzeitig aus ihren Betrieben ausscheiden.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die »Rente mit 63« ist derzeit – genau genommen – eine »Rente mit 64 und 4 Monaten«<sup>3</sup> nach 45 Versicherungsjahren. Wir als AfD-Bundestagsfraktion halten 45 Beitragsjahre für ausreichend.<sup>4</sup></p> <p>Das Problem der Abwanderung von deutschen Fachkräften ins Ausland wird von den Familienunternehmern nicht angesprochen. Diese Menschen wollen wir in Deutschland halten.</p>

<sup>1</sup> AfD-Grundsatzprogramm, S. 43

<sup>2</sup> AfD-Grundsatzprogramm, S. 41 ff

<sup>3</sup> [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_6/\\_\\_\\_236b.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_6/___236b.html)

<sup>4</sup> Eckpunkte zur Alterssicherung, <https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>, Nr. 2

<p><b>Zusammenfassung, Seite 3, 2. Spiegelstrich, 2. Satz</b></p> <p>»Die Arbeit für die Verbleibenden verdichtet sich dadurch, ihre Beitragssätze steigen an und Unternehmen verlieren Umsatz und Investitionskraft.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Diese Aussage ist so nicht richtig. Die Beitragssätze sind vielmehr stabil. Die Beitragssätze zur Gesetzlichen Rentenversicherung sind in den letzten Jahren zunächst gesunken bzw. konstant geblieben: Der Beitragssatz lag 1995 bei 20,3 Prozent, 2007 bei 19,9 Prozent und hat sich 2018 bei 18,6 Prozent eingependelt. Laut Prognose soll dieser Beitragssatz bis zum Jahr 2027 unverändert bleiben.<sup>5</sup></p> <p>Bei den aufgestellten Behauptungen der Familienunternehmer handelt es sich um reine Behauptungen ohne wissenschaftliche Grundlage.</p>
<p><b>Zusammenfassung, Seite 3, 3. Spiegelstrich, 1. Satz</b></p> <p>»Die AfD will Eltern für jedes ihrer Kinder zuvor geleistete Zahlungen in die Sozialversicherungen erstatten. Das kostet pro Jahr 15 Mrd. Euro, die dann den ohnehin maroden Sozialversicherungen fehlen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Der Familienbonus ist in den Eckpunkten zur Alterssicherung<sup>6</sup> und im Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021 angeführt. Nicht darin steht, dass die Erstattung von Rentenbeiträgen aus Steuermitteln finanziert werden soll.</p> <p>Die Autoren der Familienunternehmer schreiben selbst auf Seite 8: »Zum Konzept gehören aber auch Beitragserstattungen für Eltern in Höhe von 20 000 Euro je Kind, zudem soll der Staat jedem deutschen Kind monatlich 100 Euro auf ein Vorsorgedepot überweisen. Für beide Leistungen sieht die Partei Steuermittel vor, ohne woanders Steuern erhöhen zu wollen.«</p> <p>Die Aussage, dass der Sozialversicherung 15 Milliarden Euro fehlen würden, ist somit offensichtlich falsch, da eine Steuerfinanzierung vorgesehen ist.</p>

<sup>5</sup> Rentenversicherungsbericht, Bundestagsdrucksache 20/9400, S. 31

<sup>6</sup> Eckpunkte zur Alterssicherung, <https://afdbundestag.de/eckpunktetpapier-alterssicherung/>, Nr. 7

<p><b>Zusammenfassung, Seite 3, 3. Spiegelstrich, 2. Satz</b></p> <p>»Für Rentner, Kranke und Pflegebedürftige versteckt sich darin eine Kampfansage. Oder Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen noch höhere Lohnzusatzkosten abführen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die dramatisierende Schlussfolgerung ist falsch.<sup>7</sup> Da es sich um eine Steuerfinanzierung handelt, gibt es auch keine Belastungen im Bereich der Sozialversicherungen. Richtig ist, dass Familien entlastet werden, die sich bereits am Erwerbsleben beteiligt haben.</p>
<p><b>Zusammenfassung, Seite 3, 4. Spiegelstrich</b></p> <p>»Die AfD plant eine Art einheitliche Bürgerversicherung, in die auch Beamte, Abgeordnete und kleine Selbständige einzahlen sollen. Sie verschweigt, dass mit den neuen Einzahlern auch neue Auszahlungen verbunden sind, weshalb es sich im günstigsten Fall um ein Null-Summen-Spiel handelt.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Aussagen sind nur teilweise richtig:</p> <p>Wir wollen, dass auch die Bundestagsabgeordneten in der gesetzlichen Rentenversicherung mitversichert sind.<sup>8</sup> Bisher liegt bei ihren Entscheidungen keine »Selbstbetroffenheit« vor. Eine Einbeziehung der Abgeordneten würde auch das Vertrauen in die Rentenversicherung erhöhen.</p> <p>Für <u>neue</u> Selbstständige ist eine verpflichtende Altersvorsorge über die Gesetzliche Rentenversicherung vorgesehen, sofern keine andere angemessene Altersvorsorge besteht (Opting-out).<sup>9</sup></p> <p>Für die derzeitigen Beamten ändert sich nichts – wir fordern jedoch, dass der Staat endlich ausreichende Rücklagen für die Pensionen seiner Beamten bildet. Zudem sollen Verbeamtungen in Zukunft eingeschränkt werden.<sup>10</sup></p>
<p><b>Zusammenfassung, Seite 3, 5. Spiegelstrich</b></p> <p>»Die AfD will die Grundsteuer streichen. Was sich vordergründig attraktiv für Hausbesitzer anhört, raubt den Kommunen – insbesondere in</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Grundsteuer ist eine Steuer, die ungeachtet der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erhoben wird; sie soll nach unserer Ansicht</p>

<sup>7</sup> Eckpunkte zur Alterssicherung, <https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>, Nr. 7

<sup>8</sup> Bundestagsdrucksache 20/7462

<sup>9</sup> Eckpunkte zur Alterssicherung, <https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>, Nr. 8

<sup>10</sup> Eckpunkte zur Alterssicherung, <https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>, Nr. 10

<p>ländlichen Regionen – eine der wichtigsten Finanzierungsquellen. Einen Ersatz für die Kommunen sieht die AfD nicht vor.«</p>	<p>abgeschafft werden.<sup>11</sup> Als Kompensation für die Abschaffung dieser bedeutenden Gemeindesteuer müssten durch eine hebesatzfähige Beteiligung der Kommunen auf ihren Einkommensteueranteil bzw. die Körperschaftsteuer Gegenfinanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden.<sup>12</sup></p> <p>Wir haben diese Forderung auch im Bereich der Wohn- und Baupolitik immer wieder aufgegriffen, um das Bauen in Deutschland zu fördern und den Bürgern ihren Traum vom Eigenheim zu ermöglichen.<sup>13</sup></p>
<p><b>Die Wirtschaftspolitik der AfD</b></p>	<p><b>Die Wirtschaftspolitik der AfD</b></p>
<p><b>Die Wirtschaftspolitik der AfD, Seite 4, 1. Absatz</b></p> <p>»Die AfD hat sich von den einst wirtschaftsliberalen Prinzipien aus ihrer Gründungszeit zunehmend entfernt. Durch zahlreiche personelle Veränderungen, nicht nur an der Parteispitze, und entsprechende inhaltliche Häutungen haben in der Wirtschaftspolitik der AfD nationalistische sowie protektionistische Bestrebungen die Oberhand gewonnen. Die Grundsätze der freien Marktwirtschaft sind in den Papieren der AfD zwar noch zu finden, wurden aber faktisch deutlich in den Hintergrund gerückt. Ginge es nach den wirtschaftspolitischen Plänen der AfD von heute, würden der Standort Deutschland und die deutschen Familienunternehmen gravierend an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, zulasten von Millionen Arbeitnehmern.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die AfD steht hinter den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. »Zentrale Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortung und freie Preisbildung. Der Schutz des Privateigentums ist dabei genauso unentbehrlich wie offene Märkte, Vertragsfreiheit und ein freier Wettbewerb mit entsprechender Wettbewerbspolitik und Monopolkontrolle.«<sup>14</sup> Ginge es nach unseren wirtschaftspolitischen Plänen, würden der Standort Deutschland und die deutschen Familienunternehmen deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, zugunsten von Millionen Arbeitnehmern.</p>

<sup>11</sup> Bundestagsdrucksachen 20/3945, 20/701, 19/11125, 19/8556

<sup>12</sup> Finanzpolitische Leitlinien, Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion, Berlin, August 2023, Nr. 8.1

<sup>13</sup> Anträge der AfD-Bundestagsfraktion »Für bezahlbares Bauen und Wohnen – Neue deutsche Wohnungsnot stoppen«, Bundestagsdrucksache 20/701; »Vom Land der Mieter zum Land der Eigentümer«, Bundestagsdrucksache 20/3204) und »Erfolgsmodell Einfamilienhaus stärken – Eigentum, Freiheit und Familien massiv fördern«, Bundestagsdrucksache 20/10728)

<sup>14</sup> AfD-Grundsatzprogramm, 10.2, S. 67

<p><b>Die Wirtschaftspolitik der AfD, Seite 4, 2. Absatz</b></p> <p>»Die Wirtschaftspolitik der AfD ergibt sich aus verschiedenen Wahlprogrammen und öffentlichen Aussagen ihrer führenden Politiker. Die Partei bedient mit populistischen Forderungen verständliche Sorgen vieler Bürger – aber weil es ganz offensichtlich kein Gesamtkonzept gibt, verheddert sich die AfD im besten Fall in irritierende Widersprüche. Häufig aber haben ihre eher platten Forderungen gravierende volkswirtschaftliche Schäden zur Folge. Damit schadet sie nicht nur den mittelständischen Unternehmen, sondern ganz konkret den Arbeitnehmern und Auszubildenden.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die AfD hat ein integriertes bzw. fachbereichsübergreifendes, marktwirtschaftlich orientiertes Gesamtkonzept entwickelt, das die Belange der Unternehmen, der Arbeitnehmer und des Staates gleichermaßen berücksichtigt und das sie mit fundierten Initiativen im Bundestag einbringt.<sup>15</sup></p>
<p><b>1. Europa</b></p>	<p><b>1. Europa</b></p>
<p><b>1. Europa, Seite 5, 1. Absatz</b></p> <p>»Wir Familienunternehmer äußern oft Kritik an wettbewerbsfeindlichen oder bürokratischen Entscheidungen der EU – dennoch sind wir fest davon überzeugt, dass der EU-Binnenmarkt entscheidend für den Erfolg der deutschen Wirtschaft ist und dass es auf die großen Fragen europäische Antworten braucht. Die AfD hingegen lehnt eine institutionalisierte europäische Zusammenarbeit weitestgehend ab.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die AfD steht für eine enge Zusammenarbeit in Europa mit Binnenmarkt und Freizügigkeit; sie ist aber gegen eine EU, die sich zunehmend zu einem Bundesstaat ohne nationale Kontrollmöglichkeit entwickelt. Wir wollen die europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft als »Bund europäischer Nationen« neu konzipieren und auf ihre ursprünglichen Aufgaben zurückführen. »Als zentrale gemeinsame Interessen dieses Bundes betrachten wir einen gemeinsamen Markt, den wirksamen Schutz der Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung, die Erlangung strategischer Autonomie im sicherheitspolitischen Handeln und die Bewahrung der europäischen Kultur und ihrer verschiedenen Identitäten.«<sup>16</sup> Es muss Schluss damit sein, dass wir</p>

<sup>15</sup> Bundestagsdrucksachen 20/2062, 20/2589, 20/8878, 20/10062

<sup>16</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, S. 9

	<p>aus Brüssel regiert und überreguliert werden. Die stetige Zunahme an wirtschaftsschädlicher Bürokratie (Lieferkettenrichtlinie, Nachhaltigkeitsberichterstattung) und die Verbotszwang der EU (Verbrenner-Aus) muss aufhören.</p>
<p><b>1. Europa, Seite 5, 2. Absatz</b></p> <p>»Der EU-Austritt steht auf der Agenda der AfD, auch wenn einige ihrer Politiker diesen als ›ultima ratio‹ bezeichnen. Wird die EU nicht im Sinne der AfD reformiert, liebäugelt die Parteispitze offen mit einem ›Dexit‹.<sup>17</sup> In ihrem Europawahlprogramm betrachtet die AfD die EU aber schon jetzt als ›nicht reformierbar‹ und ›gescheitertes Projekt‹. Ein EU-Austritt hätte für Deutschland fatale Folgen: Laut Ökonomen würde die exportorientierte deutsche Wirtschaft innerhalb weniger Jahre um 6 Prozent weniger wachsen, in zehn bis 15 Jahren gar um 10 Prozent weniger. Es drohen 2,2 Millionen Arbeitsplätze wegzufallen,<sup>18</sup> mit allen Konsequenzen für die Sozialversicherungen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die AfD will die EU in Regierungsverantwortung grundlegend (wie oben beschrieben) reformieren. Sollte dies in Verhandlungen mit den Partnerländern nicht erreichbar sein, wäre der Dexit das letzte Mittel, um die Souveränität Deutschlands zu gewährleisten. Doch selbst in diesem Fall wollen wir keine neuen Zollschränken errichten, sondern den Binnenmarkt nach Möglichkeit erhalten. Erst der Euro-Austritt hätte aufgrund der Wechselkursanpassungen voraussichtlich deutliche Auswirkungen auf die Export-, aber auch auf die Importwirtschaft (siehe weiter unten).</p> <p>Die EU sieht selbst den Reformbedarf. Sie setzte 2014 eine »High Level Group of Own Resources« ein, die wissenschaftlich fundierte Reformvorschläge unterbreitete, welche letztlich auf reduzierte EU-Zuständigkeiten und eine Beibehaltung der Finanzhoheit der Mitgliedsstaaten hinausliefen. Die Ergebnisse dieses Berichts decken sich zum Teil mit den Vorschlägen der AfD.</p>

<sup>17</sup> Bundessprecherin Dr. Alice Weidel im Interview mit der Financial Times vom 22.01.2024

<sup>18</sup> Institut für Wirtschaft Köln

<p><b>1. Europa, Seite 5, 3. Absatz</b></p> <p>»Die AfD fordert die Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (›Bund der Nationalstaaten‹),<sup>19</sup> was de facto ein auf den Binnenmarkt begrenzter Staatenverbund wäre. Ohne eine partielle europaweite Harmonisierung nationaler Gesetze, wie sie die AfD ablehnt, ist aber kein gemeinsamer Binnenmarkt möglich. Die meisten Staaten schlossen sich außerdem diesem Konstrukt niemals an. Denn schwächere Volkswirtschaften profitieren weniger stark vom Binnenmarkt als ökonomische Schwergewichte wie Deutschland. Daher erhalten sie aus dem EU-Haushalt Unterstützung zur Angleichung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Hauptaufgaben der neuen EU sollten in der gemeinsamen Zoll- und Handelspolitik und in der größtmöglichen Koordination der Mitgliedstaaten in anderen Politikbereichen – insbesondere der Wirtschaftspolitik – liegen, wobei politische Beschlüsse stets nur auf nationaler Ebene erfolgen können. Die Harmonisierung, die in vielen Bereichen des Binnenmarkts durchaus wünschenswert ist (etwa in Bezug auf zentrale rechtliche Rahmenbedingungen des grenzüberschreitenden Handelsverkehrs, bestimmte Handelspraktiken, Fragen des Verbraucherschutzes, Anerkennung von Zertifikaten und »Good Practices«), darf nicht als Vollharmonisierung verstanden werden. Die EU-Länder sollten gemeinsame Mindeststandards vereinbaren und der nationalen Gesetzgebung die Spielräume offen lassen, die sie im Interesse bestimmter Industrien, der Verbraucher und des Umweltschutzes benötigt.<sup>20</sup></p>
<p><b>1. Europa, Seite 5, 4. Absatz</b></p> <p>»Nicht weniger problematisch als ein EU-Austritt wäre der in der AfD diskutierte Euro-Austritt.<sup>21</sup> Deutschland würde seine Rolle als Handels-Champion (über die Hälfte aller Exporte gehen in EU-Staaten) einbüßen. Ein Comeback der D-Mark wäre mit einer riesigen Aufwertung verbunden und würde etliche Familienunternehmen im internationalen Wettbewerb enorm schwächen oder vom Markt fegen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Eine gemeinsame Währung kann nur zwischen Ländern mit gleichgerichteter Politik funktionieren. Hierfür sind vergleichbare wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen sowie verpflichtende Kriterien Grundvoraussetzung. Dies ist in der Europäischen Währungsunion aber nicht der Fall. Wir haben in der Währungszone vor allem im Süden Länder mit einer im Vergleich zu Deutschland viel geringeren Wirtschaftsleistung und einer viel zu hohen Schuldenlast. Das schadet allen: Uns, weil wir diese Länder finanziell stützen müssen (Euro-Rettungspolitik, Target-Salden) und den Südländern, weil sie mit dem aus</p>

<sup>19</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024

<sup>20</sup> Bundestagsdrucksache 19/2534, S. 3–4

<sup>21</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

	<p>ihrer Sicht zu harten Euro wenig wettbewerbsfähig sind. Aus deutscher Sicht ist der Euro eine weiche Währung, die Exporte künstlich verbilligt.</p> <p>Es ist richtig, dass ein Euro-Austritt mit großer Sicherheit eine Aufwertung der neuen deutschen Währung zur Folge hätte und damit die deutschen Exporte verteuern würde. Es entstünde ein Produktivitätsdruck, der aber zu »harten« DM-Zeiten zu einer sehr innovationsstarken und dadurch erfolgreichen Exportwirtschaft geführt hat. Wir waren damals Exportweltmeister. Mittelfristig würde dieser Anpassungsdruck also zu einer agileren, wettbewerbsfähigeren Wirtschaft führen. Vergessen werden darf in dieser Betrachtung auch nicht, dass Deutschland ebenfalls eine sehr starke Importnation ist. Diese Einfuhren, wie auch die immer größeren Energieimporte, würden sich verbilligen. Die entstehende »Importrendite« entlastet die Bürger und die damit einhergehende steigende Kaufkraft kann wiederum die Binnenwirtschaft stärken.</p>
<p><b>2. Handel</b></p>	<p><b>2. Handel</b></p>
<p><b>2. Handel, Seite 6, 1. Absatz</b></p> <p>»Unzählige Familienunternehmen, darunter viele Weltmarktführer, sind eingebunden in europäische und globale Wertschöpfungsketten. Die auf Abschottung und Autarkie setzende Handelspolitik der AfD würde der Exportnation Deutschland das Rückgrat brechen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die AfD befürwortet den Handel mit allen Ländern der Welt im Sinne einer erfolgreichen deutschen Wirtschaft. Zur Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und zur Förderung der Exportwirtschaft lehnen wir ideologische wirtschaftsfremde Auflagen in Handelsabkommen ab.<sup>22</sup> Dies schafft auch einen größeren Verhandlungsspielraum bei der Beseitigung nachteiliger Regelungen, beispielsweise bei neuen Freihandelsabkommen für die deutsche</p>

<sup>22</sup> Bundestagsdrucksachen 20/4065, 20/8875

	<p>Landwirtschaft.<sup>23</sup> Wir streben nicht nach Abschottung; wir befürworten freie Märkte. Wir legen jedoch Wert darauf, dass bei Handelsabkommen der Erhalt einer ernährungssichernden heimischen Landwirtschaft zu jeder Zeit gewährleistet ist.</p> <p>Wir kritisieren auch die hypermoralisierende Handelspolitik Deutschlands und der EU im Sinne der Lieferkettengesetzgebung. Damit schließen wir uns selbst von wichtigen Märkten aus und konterkarieren die Diversifizierungsbemühungen deutscher Unternehmen.</p>
<p><b>2. Handel, Seite 6, 2. Absatz</b></p> <p>»Auf abstrakter Ebene gibt sich die AfD zwar als Freund des Freihandels, wenn es konkret wird, handelt sie allerdings nach dem Gegenteil: Alle großen EU-Freihandelsabkommen der letzten Jahre – von TTIP über CETA bis Mercosur – wurden oder werden von ihr abgelehnt.<sup>24</sup> Untermauert wird dies mit einer grundsätzlichen West-Skepsis und der Hinwendung zu Russland.<sup>25</sup> Das ist eine völlige Ignoranz gegenüber den Möglichkeiten, wo unsere Exportnation ausreichend Geld verdienen kann.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die AfD hat stets betont, dass internationaler Handel die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders ist.<sup>26</sup> Die AfD-Bundestagsfraktion ist jedoch überzeugt, dass Freihandel nicht auf dem Rücken der heimischen Wirtschaft ausgetragen werden darf.</p> <p>Deshalb lehnen wir das sogenannte Mercosur-Abkommen ab, weil es die ohnehin schon schwierige wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft noch weiter verschlechtern würde. Vor allem die weitgehenden Zugeständnisse bei den sensiblen Agrargütern Zucker, Ethanol, Rindfleisch und Geflügelfleisch sind nicht in deutschem Interesse und gefährden die Existenz tausender bäuerlicher Familienbetriebe.<sup>27</sup></p> <p>Die Europäische Union versagt auf dem zentralen Feld der Handelspolitik. Sie will Handelsabkommen für ihren Werteexport nutzen. Andere Staaten verbitten sich Eingriffe in die inneren Angelegenheiten.</p>

<sup>23</sup> Bundestagsdrucksache 20/5361

<sup>24</sup> AfD-Grundsatzprogramm, Abstimmung im Bundestag vom 01.12.22, Antrag der AfD-Fraktion im Bundestag vom 24.01.23

<sup>25</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021 und Europawahl 2024

<sup>26</sup> AfD-Grundsatzprogramm, Nr. 10.4, 1. Satz

<sup>27</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005361.pdf>

<p><b>2. Handel, Seite 6, 3. Absatz</b></p> <p>»Einerseits soll sich Deutschland am chinesischen Seidenstraßen-Projekt beteiligen, andererseits warnt die AfD vor einem ›Ausverkauf‹ deutscher Technologie nach China und vor Abhängigkeit.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Beziehungen zwischen China und Deutschland sind komplex und erfordern eine differenzierte Vorgehensweise, denn China ist sowohl Handelspartner als auch Wettbewerber, beispielsweise in Hochtechnologiefeldern und auf den internationalen Rohstoffmärkten – insbesondere in Afrika und Lateinamerika.<sup>28</sup> Die AfD steht für einen freien Warenhandel, sofern er nicht deutschen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft.</p> <p>Der Kommentar des Vereins »Die Familienunternehmer e. V.« ist aus dem Zusammenhang gerissen. Im AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021 steht auf Seite 65: »Mit dem Projekt der ›Neuen Seidenstraße‹ hat China ein Jahrhundertvorhaben gestartet. Um hier mitgestalten zu können, setzt sich die AfD für eine offensive Beteiligung Deutschlands an dem Projekt ein. Die chinesische Seidenstraßen-Strategie von Ost nach West sollte Deutschland durch eine Initiative von West nach Ost ergänzen. Das gilt insbesondere für überregionale Infrastrukturprojekte. [...] Eine Kooperation mit China darf nur unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Fairness erfolgen. Das setzt insbesondere eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen voraus. Ein weiterer Ausverkauf deutscher bzw. europäischer Technologie muss verhindert werden.«</p>
<p><b>3. Fachkräfte</b></p>	<p><b>3. Fachkräfte</b></p>
<p><b>3. Fachkräfte, Seite 7, 1. Absatz</b></p> <p>»Familienunternehmen sind auf Arbeits- und Fachkräfte aus dem Inland, der EU und Drittstaaten angewiesen. Die AfD will die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit begrenzen und steht qualifizierter Einwanderung</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Zur Wahrheit gehört, dass Deutschland für echte Fachkräfte immer unattraktiver geworden ist – wegen der hohen Steuer- und Abgabenlast, der Bürokratie, der schleppenden Digitalisierung und lahmen</p>

<sup>28</sup> Bundestagsdrucksache 20/4065

<p>aus Drittstaaten tendenziell ablehnend gegenüber.<sup>29</sup> Viele ihrer Forderungen entzögen dem Arbeitsmarkt aber auch inländische Arbeitskräfte.«</p>	<p>Verwaltung, wegen zu hoher Wohnkosten, steigender Kriminalität und der vielen anderen negativen Auswirkungen der Flüchtlingspolitik. So wundert es nicht, dass Jahr für Jahr eine Viertelmillion gut qualifizierter Deutscher auswandern. Wir legen unser Augenmerk vor allem darauf, die Bedingungen im Land so zu verbessern, dass sich junge, gut ausgebildete Leute in ihrer Heimat etwas aufbauen können und nicht mehr abwandern müssen. Wir wollen vor allem unser riesiges eigenes Potenzial heben.</p> <p>Darüber hinaus befürwortet die AfD die gezielte Anwerbung tatsächlich qualifizierter Fachkräfte. Wer gut ausgebildet mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche zu uns kommt, ist willkommen. Was wir aber sofort beenden werden, ist die millionenfache Einwanderung in unsere Sozialsysteme.</p>
<p><b>3. Fachkräfte, Seite 7, 2. Absatz</b></p> <p>»Einerseits nennt die AfD den Fachkräftemangel eine ›Behauptung einiger Wirtschaftsverbände und Lobbyisten‹, die ›kein maßgeblicher Grund für qualifizierte Einwanderung‹ sein könne.<sup>30</sup> An anderer Stelle erkennt sie zwar das Problem an, fordert aber in erster Linie die Qualifizierung deutscher und EU-Bürger sowie den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung (›Maschinen statt Migranten‹).<sup>31</sup> Weder Problemnegierung noch die Einschränkung qualifizierter Zuwanderung helfen den Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Das ist kein Widerspruch, denn der Fachkräftemangel betrifft nicht alle Bereiche, obwohl dies gewisse Kreise aus Politik und Wirtschaft behaupten, um die Einwanderung zu forcieren.<sup>32</sup> Die Lösung des in manchen Bereichen bestehenden Fachkräfteproblems sieht die AfD nicht in der Masseneinwanderung zumeist kulturfremder und bildungsferner Bevölkerungsgruppen, sondern in einer erheblich verbesserten Familien- und Bildungspolitik, die zur Steigerung der Geburtenraten und der Qualität in der Bildung beitragen soll. Die von den Bundesregierungen bisher betriebene verfehlte Bildungspolitik hat den Niedergang</p>

<sup>29</sup> Z. B. Programm der AfD Hessen zur Landtagswahl 2023 (»Anwerbung von Fachkräften aus Drittländern nur Ultima Ratio«)

<sup>30</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

<sup>31</sup> Zitat von René Springer, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 2022

<sup>32</sup> Vgl. z. B. <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-fachkraeftemangel-es-kursieren-falsche-zahlen-5866.htm>

	<p>der Bildungsqualität und damit auch den Fachkräftemangel, zum Beispiel in High-Tech-Berufen, mitverursacht.<sup>33</sup></p> <p>Auch erachten wir den Weg der Digitalisierung und Automatisierung für sinnvoller als unkontrollierte Zuwanderung und Lohndumping durch ausländische Arbeitskräfte.<sup>34</sup> Das Problem der Abwanderung von deutschen Fachkräften ins Ausland wird im Analysepapier nicht angesprochen; hier wird viel Potenzial verschwendet.</p>
<p><b>3. Fachkräfte, Seite 7, 3. Absatz</b></p> <p>»Die Einschränkung der EU-Personenfreizügigkeit<sup>35</sup> sowie die Einführung einer ›Vorrang- und Alternativprüfung‹ bei der Arbeitsplatzvergabe<sup>36</sup>, die deutsche Bürger bevorzugen soll, würden den Betrieben die Fachkräftesuche zusätzlich erschweren und verkomplizieren.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Diese Ausführung ist nur teilweise zutreffend. Bei der Anpassung der EU-Freizügigkeit wollen wir lediglich den Missbrauch und die Armutszuwanderung beenden.<sup>37</sup></p>
<p><b>3. Fachkräfte, Seite 7, 4. Absatz</b></p> <p>»Die AfD nennt Japan als Positivbeispiel für eine restriktive Einwanderungspolitik.<sup>38</sup> Gerade Japan, das Deutschland im Alterungsprozess um einige Jahre voraus ist, zeigt jedoch die schädlichen Folgen fehlender Zuwanderung. Betriebe suchen dort händeringend Arbeitskräfte, ob-</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Japan zeigt nicht die Probleme fehlender Zuwanderung, sondern einer verfehlten Familienpolitik mit einer Geburtenrate von lediglich 1,3 Geburten je Frau.<sup>39</sup> Japan setzt auf Robotisierung<sup>40</sup>, was auch Strategie der AfD-Bundestagsfraktion ist.<sup>41</sup> Produktivitätssteigerungen können</p>

<sup>33</sup> AfD-Anträge »Schulen am Limit – Bildungsmisere abwenden«, Bundestagsdrucksache 20/5996 und »Akademische und berufliche Bildung gleichstellen – Unser Land braucht Meister«, Bundestagsdrucksache 20/6611

<sup>34</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Technisierung statt Zuwanderung – Für einen Arbeitsmarkt der Zukunft«, Bundestagsdrucksache 20/5225, insbesondere II.12

<sup>35</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, Antrag im Bundestag vom 16.12.20

<sup>36</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024

<sup>37</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, S. 18

<sup>38</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, Resolutionen zur Arbeits- und Sozialpolitik der Sozialpolitiker der AfD-Fraktionen 2022

<sup>39</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/international/alternde-gesellschaft-warum-japans-milliardenausgaben-zu-kurz-greifen/29202320.html>

<sup>40</sup> <https://karrierewelt.golem.de/blogs/karriere-ratgeber/japan-setzt-verstarkt-auf-roboter>

<sup>41</sup> Bundestagsdrucksache 20/5225

<p>wohl die Erwerbsarbeit von Frauen und Rentnern bereits historische Höchststände erreicht. Japan hat den Platz als drittgrößte Volkswirtschaft mittlerweile verloren.«</p>	<p>über Automatisierung, nicht aber über die Zuwanderung Unqualifizierter erreicht werden.<sup>42</sup></p>
<p><b>3. Fachkräfte, Seite 7, 5. Absatz, Satz 1</b></p> <p>»Die Reduzierung von Kita- und Ganztagschulplätzen – eine Folge der von der AfD angestrebten Stärkung elterlicher Kinderbetreuung<sup>43</sup> – würde Eltern die Jobaufnahme erschweren.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Hier ist das AfD-Grundsatzprogramm erheblich verkürzt und damit verfälscht dargestellt.<sup>44</sup> Dieses zielt vielmehr auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. auf die Wahlfreiheit für eine individuelle Kindererziehung ohne »Druck zur doppelten Berufstätigkeit« ab.<sup>45</sup></p>
<p><b>3. Fachkräfte, Seite 7, 5. Absatz, vorletzter Satz</b></p> <p>»Die geplante Wiedereinsetzung der Wehrpflicht sowie ein weiteres (!) Gemeinschaftsdienstjahr<sup>46</sup> entzöge junge Menschen für ganze zwei Jahre dem Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>»Die Sicherung personeller Grundlagen und adäquater Strukturen der Bundeswehr wird nur möglich sein, wenn wir die Aussetzung der Wehrpflicht wieder rückgängig machen.«<sup>47</sup> »Deshalb tritt die AfD dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen. Die Dauer des Wehrdienstes richtet sich nach dem, was für die Sicherheit notwendig ist. Sie muss eine gründliche militärische Ausbildung ermöglichen. Kriegsdienstverweigerer leisten Wehrrersatzdienst. Frauen sollen die Möglichkeit haben, freiwillig in den Streitkräften zu dienen.«<sup>48</sup></p>

<sup>42</sup> <https://afdbundestag.de/maschinen-statt-migration-sozialpolitiker-beschliessen-resolutionen-zur-arbeitsmarkt-und-sozialpolitik/>

<sup>43</sup> AfD-Grundsatzprogramm

<sup>44</sup> AfD-Grundsatzprogramm S. 41 ff

<sup>45</sup> AfD-Grundsatzprogramm, S. 43

<sup>46</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

<sup>47</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, S. 31

<sup>48</sup> AfD-Grundsatzprogramm, Tz. 4.4.2, S. 32

	<p>Mit dem Ableisten des Wehrdienstes entfielen die Verpflichtung für ein Gemeinschaftsdienstjahr. Junge Menschen wären also nur für 12 Monate dem Arbeitsmarkt entzogen. Gleichzeitig vermittelt der Dienst in den Streitkräften Schlüsselkompetenzen und Erfahrungen, die nützlich für die weitere Erwerbsbiografie sein können.</p>
<b>4. Sozialstaat</b>	<b>4. Sozialstaat</b>
<p><b>4. Sozialstaat, Seite 8, 2. Absatz, Satz 2</b></p> <p>»Zum Konzept gehören aber auch Beitragserstattungen für Eltern in Höhe von 20 000 Euro je Kind, zudem soll der Staat jedem deutschen Kind monatlich 100 Euro auf ein Vorsorgedepot überweisen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Das sind grundsätzlich zutreffende Ausführungen; siehe auch Eckpunkte zur Alterssicherung, Punkt 7 Familienbonus und Punkt 6 Kinderspardepots.<sup>49</sup></p> <p>Zum Familienbonus: Derzeit werden nur 1,46 Kinder pro Frau geboren. Die bisherige Familienpolitik hat zu der niedrigen Geburtenrate und der negativen demographischen Entwicklung geführt. Die Zuwanderung belastet die Sozialsysteme, statt sie zu entlasten. Daher will die AfD-Fraktion neue Wege beschreiten, um die demographische Entwicklung umzukehren.</p> <p>Zum Vorsorgedepot: Damit kann langfristig eine kapitalgedeckte Altersvorsorge mit individuellen Versorgungsanwartschaften für die Generation der Kinder und Enkel aufgebaut werden – also gut angelegtes Steuergeld.</p>
<p><b>4. Sozialstaat, Seite 8, 2. Absatz, Satz 3</b></p> <p>»Für beide Leistungen sieht die Partei Steuermittel vor, ohne woanders Steuern erhöhen zu wollen. Allein die Beitragserstattung würde jährlich 15 Milliarden Euro kosten.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Gegenfinanzierung kann an dieser Stelle über Einsparungen bei der Migration, Entwicklungshilfe oder EU-Beiträgen erfolgen.</p>

<sup>49</sup> <https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>

<p><b>4. Sozialstaat, Seite 8, 3. Absatz, Satz 1</b></p> <p>»Steigt der Beitragssatz auf 25 Prozent – was mit dem AfD-Konzept<sup>50</sup> geschähe – würde es für viele Arbeitnehmer noch schwerer, einerseits diese Kosten zu schultern sowie andererseits noch private Altersvorsorge zu betreiben.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Mit unserem Konzept gibt es keine Erhöhung des Beitragssatzes auf 25 Prozent. Für diese Behauptung gibt es keine seriöse Quelle.</p> <p>Die Beitragszahler in der Rentenversicherung werden nach unserem Konzept auch dadurch entlastet, dass der Bund die Deckungslücke bei den versicherungsfremden Leistungen in Höhe von 37 Milliarden Euro pro Jahr übernimmt.<sup>51</sup></p>
<p><b>4. Sozialstaat, Seite 8, 3. Absatz, Satz 2</b></p> <p>»Die Rente mit 63, die Beitragszahler stark belastet, will die AfD derweil erhalten.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Richtig ist: Die »Rente mit 63« ist derzeit eine »Rente mit 64 und 4 Monaten« nach 45 Versicherungsjahren.<sup>52</sup> Für die AfD-Bundestagsfraktion sind 45 Beitragsjahre ausreichend.<sup>53</sup></p> <p>Zudem werden die Beitragszahler nach aktueller Lage künftig vor allem durch die hohen Krankenversicherungsbeiträge belastet werden – unter anderem deswegen, weil Millionen von Zuwanderern ohne kostendeckende Beiträge mitversichert sind.</p>
<p><b>4. Sozialstaat, Seite 8, 4. Absatz, Sätze 1 und 2</b></p> <p>»In die Rente einzahlen sollen auch Abgeordnete, der ›Großteil der künftigen Staatsbediensteten‹ sowie Selbstständige. Das wäre de facto eine Art Bürgerversicherung, auch wenn letztere bei Nachweis privater Vorsorge austreten dürfen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Aussagen sind nur teilweise richtig:</p> <p>Wir wollen, dass auch die Bundestagsabgeordneten in der gesetzlichen Rentenversicherung mitversichert sind.<sup>54</sup> Bisher liegt bei ihren Entscheidungen keine »Selbstbetroffenheit« vor. Eine Einbeziehung der Abgeordneten würde die Glaubwürdigkeit erhöhen.</p>

<sup>50</sup> Eckpunktepapier Alterssicherung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 2022

<sup>51</sup> <https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>, Nr. 1

<sup>52</sup> [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_6/\\_\\_\\_236b.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_6/___236b.html)

<sup>53</sup> <https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>, Nr. 2

<sup>54</sup> Bundestagsdrucksache 20/7462

	<p>Für die derzeitigen Beamten ändert sich nichts – wir fordern jedoch, dass der Staat endlich ausreichende Rücklagen für die Pensionen seiner Beamten bildet. Zudem sollen Verbeamtungen in Zukunft eingeschränkt werden.<sup>55</sup></p>
<p><b>4. Sozialstaat, Seite 8, 4. Absatz, Satz 3</b></p> <p>»Der Finanzierung des Systems hilft das alles nicht: Aus zusätzlichen Einzahlern erwachsen zusätzliche Ansprüche; die Demografie-Entwicklung wird dadurch nicht aufgehalten.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Wir sind überzeugt, dass eine breitere Beitragszahlerbasis dem Rentensystem in den nächsten 30 Jahren helfen wird, weil im Umlageverfahren höhere Einzahlungen (»Zugangsgewinne«) getätigt werden. Dass eine breitere Beitragszahlerbasis im Umlagesystem sinnvoll sein kann, zeigt ein Blick auf das erfolgreiche österreichische Pensionssystem, in das de facto alle Erwerbstätigen einzahlen.<sup>56</sup></p> <p>Eine Einbeziehung der Bundestagsabgeordneten würde außerdem die Qualität der Gesetzgebung erhöhen und damit auch die Finanzierung stützen.</p>
<p><b>4. Sozialstaat, Seite 8, 5. Absatz, Sätze 1 und 2</b></p> <p>»Auch weitere AfD-Vorschläge im Bereich Sozialstaat sind unklar oder überzeugen nicht: Sie ist für einen Mindestlohn<sup>57</sup> und fordert zum Teil auf Länderebene dessen Erhöhung.<sup>58</sup> Im Bundestag lehnt sie die politisch festgelegte Erhöhung ab.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Festsetzung des Mindestlohns darf nicht erneut zum politischen Spielball werden. Wir wollen die Regelung des Mindestlohns einer hierfür eingesetzten unabhängigen Mindestlohnkommission überlassen. Bei der Festsetzung ist die Inflation zu berücksichtigen.<sup>59</sup></p>

<sup>55</sup> <https://afdbundestag.de/eckpunkt Papier-alterssicherung/>, Nr. 10

<sup>56</sup> [https://rentenupdate.driv-bund.de/DE/1\\_Archiv/Archiv/2024/03\\_Oesterreich.html](https://rentenupdate.driv-bund.de/DE/1_Archiv/Archiv/2024/03_Oesterreich.html)

<sup>57</sup> AfD-Grundsatzprogramm, AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

<sup>58</sup> Programm der AfD Niedersachsen zur Landtagswahl 2022, Pressemitteilung der AfD Sachsen vom Juli 2020

<sup>59</sup> Bundestagsdrucksache 20/4319

<p><b>4. Sozialstaat, Seite 8, 5. Absatz, Satz 3</b></p> <p>»Ferner plant die AfD die Leistungsstreichung für Jobverweigerer sowie die Verpflichtung Langzeitarbeitsloser zu gemeinnütziger ›Bürgerarbeit‹.<sup>60</sup> Letzteres birgt die Gefahr, reguläre Jobs zu verdrängen.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Das Konzept »Bürgergeld« der Altparteien ist gescheitert. Wir haben alternativ das Konzept der »aktivierenden Grundsicherung«<sup>61</sup> entwickelt, das auch die »Bürgerarbeit« beinhaltet. Damit wird eine starke Lenkungswirkung für die Nachfrage nach regulären Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt erzielt. Die Bürgerarbeit ist darüber hinaus wettbewerbsneutral, da sie in Bereichen stattfindet, die angesichts der Kassenlage ohnehin nicht an Unternehmen vergeben werden könnten. Ein Beispiel für einen praktikablen Vorschlag der AfD ist der Antrag »Arbeitsvermittlung reformieren«<sup>62</sup>, der die private Arbeitsvermittlung stärkt.</p>
<p><b>5. Steuern</b></p>	<p><b>5. Steuern</b></p>
<p><b>5. Steuern, Seite 9, 1. Absatz</b></p> <p>»Die Steuersenkungsvorschläge der AfD gehen in der Kombination deutlich weiter als die anderer Parteien, mit der Folge großer Leerstellen im Staatshaushalt. Die Gegenfinanzierung bleibt völlig unklar.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Vorschläge der AfD-Fraktion zur Senkung von Steuern gehen in der Tat weiter als die anderer Parteien. Zur Frage der Gegenfinanzierung ist auf die umfangreichen Sparvorschläge der AfD-Fraktion im Zuge der jährlichen Haushaltsberatungen hinzuweisen. Darüber hinaus setzt sich die AfD-Fraktion gemäß ihrer Programmatik für eine grundlegende Steuerreform ein. Dabei soll das Steuersystem »eine verständliche Systematik aufweisen und nur wenige Steuerarten umfassen.«<sup>63</sup> Außerdem soll dem »Prinzip der individuellen Leistungsfähigkeit« Geltung verschafft werden.<sup>64</sup> Die AfD-Fraktion orientiert sich diesbezüglich an dem ausformulierten und durchgerechneten</p>

<sup>60</sup> AfD-Antrag im Deutschen Bundestag vom 12.03.22

<sup>61</sup> Bundestagsdrucksache 20/3943

<sup>62</sup> Bundestagsdrucksache 20/9152

<sup>63</sup> Finanzpolitische Leitlinien, Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion, Berlin, August 2023, S. 12

<sup>64</sup> Ebd.

	großen Steuerreformkonzept des Steuerrechtsprofessors und ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhof. <sup>65</sup>
<p><b>5. Steuern, Seite 9, 2. Absatz</b></p> <p>»Die AfD setzt sich gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer und für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer ein, darüber hinaus für den Verzicht auf Grundsteuer und Soli.<sup>66</sup> Als ›Hauptsteuern« nennt das AfD-Konzept Einkommensteuer und Umsatzsteuer.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Stimmt mit den Standpunkten der AfD-Bundestagsfraktion überein<sup>67</sup> (siehe folgenden Kommentar zum 3. Absatz).</p>
<p><b>5. Steuern, Seite 9, 3. Absatz</b></p> <p>»So wichtig Steuerentlastungen für Unternehmen in Deutschland sind – die Vorschläge der AfD lassen jedoch ein konkretes Konzept und transparente Finanzierung vermissen. Allein durch geplante Streichungen im Bereich Migration wird die AfD-Steuerpolitik nicht zu finanzieren sein.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die AfD-Fraktion sieht zur Finanzierung ihrer Steuerentlastungspolitik nicht nur »Streichungen in der Migrationspolitik« vor, wie den umfangreichen Sparvorschlägen der AfD-Fraktion im Zuge der jährlichen Haushaltsberatungen zu entnehmen ist.</p> <p>Als erste Schritte zur Umsetzung der längst überfälligen Reform des Steuersystems mit weniger Steuerarten und spürbaren Entlastungen plant die AfD-Fraktion folgende Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung des Solidaritätszuschlags, der Grundsteuer, der Bagatellsteuern und der Vermögensteuer;</li> <li>• Abschaffung oder Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer;</li> <li>• Herstellung von Steuergerechtigkeit durch Abschaffung von Privilegien durch komplexe Steuergestaltungsmodelle</li> <li>• Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie;</li> </ul>

<sup>65</sup> Finanzpolitische Leitlinien, Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion, Berlin, August 2023, S. 12

<sup>66</sup> AfD-Grundsatzprogramm

<sup>67</sup> Bundestagsdrucksachen 20/11149, 20/6388, 20/5815, 20/5611, 20/3945, 20/1864, 20/701, 19/11125, 19/8556

<p>»Gänzlich offen bleibt, ob die AfD die Gewerbesteuer ersatzlos entfallen lassen will. Die Konsequenz aus dem Streichen der Gewerbesteuer in Verbindung mit dem geforderten Wegfall der Grundsteuer wäre, dass die AfD als selbsternannte Partei für den ländlichen Raum ausgerechnet den Kommunen ihre Finanzkraft entzöge.«</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung des Grundfreibetrages auf 14.000 Euro;</li> <li>• Beseitigung heimlicher Steuererhöhungen, beispielsweise verursacht durch die kalte Progression (Tarif auf Rädern).<sup>68</sup></li> </ul> <p>Diese Schritte sind Teil der steuerpolitischen Gesamtkonzeption, die sich an dem Steuerreformkonzept des Steuerrechtsprofessors und ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhof orientiert.<sup>69</sup> Dazu wurde jüngst der Antrag »Bürgerschutzprogramm für Deutschland – Ein neuer Weg für die Ertragsteuern – Grundlegende Steuerreform zur Entlastung von Familien, Mittelstand und Unternehmen« erarbeitet, der sich derzeit noch im Mitberatungsverfahren der Fraktion befindet.</p> <p>Die AfD-Fraktion macht sich für die Finanzierung der Kommunen stark. Grundsätzlich gilt, dass »eine angemessene Ausstattung aller staatlichen Ebenen mit den zur Aufgabenwahrnehmung nötigen finanziellen Mitteln [...] zwingend erforderlich«<sup>70</sup> ist. »Die Verteilung der Steuereinnahmen hat diesem Ziel zu folgen (Konnextätsprinzip)«.<sup>71 72</sup></p> <p>Die AfD-Fraktion spricht sich im Hinblick auf die Umsetzung des Kirchhof-Modells – insbesondere als Kompensation zum Wegfall der Gewerbesteuer – für die Einführung einer Gemeindegewerbesteuer aus, die ein einheitliches Zuschlagsrecht für die Gemeinden auf die Ertragsteuern von natürlichen Personen und Unternehmen vorsieht.<sup>73</sup></p>
---	---

<sup>68</sup> Bundestagsdrucksachen 20/5611, 20/5553, 20/2536, 19/22198, 19/18727, 19/17962, 19/15513, 19/15512, 19/13171, 19/10710, 19/4898, 19/1179

<sup>69</sup> Finanzpolitische Leitlinien, Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion, Berlin, August 2023

<sup>70</sup> Finanzpolitische Leitlinien, Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion, Berlin, August 2023, S. 16

<sup>71</sup> Ebd.

<sup>72</sup> Bundestagsdrucksachen 19/14345, 19/11125

<sup>73</sup> Siehe den vorgenannten, noch im Mitberatungsverfahren befindlichen Antrag

<p><b>5. Steuern, Seite 9, 4. Absatz</b></p> <p>»Auf Basis des AfD-Programms zur letzten Bundestagswahl würden dem Staatshaushalt jährlich immerhin mehr als 50 Milliarden Euro fehlen. Genaue Angaben darüber, wie und in welchem Umfang dies kompensiert werden soll, finden sich nicht. So wichtig eine Senkung der Unternehmenssteuern ist, so große Kürzungen im Haushalt müssen erläutert werden, damit die Steuerpolitik glaubwürdig wird. Überhaupt nicht zu diesem verschlankten Haushalt passt das AfD-Rentenkonzept, das stark auf Steuerfinanzierung aus dem Staatshaushalt setzt.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Der Betrag in Höhe von 50 Milliarden ist in etwa richtig; falsch ist jedoch, dass diese Mindereinnahmen nicht gegenfinanziert würden. Die AfD-Fraktion legt seit Jahren jeweils mit Abschluss der Haushaltsberatungen einen Alternativhaushalt vor, der sich stets im Rahmen der Schuldenbremse bewegt und entsprechend auch Einsparvorschläge macht. Diese beliefen sich für den Haushalt 2024 auf 106 Milliarden Euro (inklusive Sondervermögen). Hauptsächlich will die AfD bei der Energiewende sparen, die sie für gescheitert ansieht, sowie bei der Entwicklungshilfe, bei den Waffenlieferungen, beim Personal und nicht zuletzt beim Bürgergeld.</p> <p>Es ist weiterhin falsch, dass die AfD mehr Steuereinnahmen für ihr Rentenkonzept benötige als andere Parteien. Die Finanzierung der Rente ist und bleibt problematisch. Die Vorschläge der AfD sehen jedoch keine höhere Steuerfinanzierung der Rente vor.</p>
<p><b>5. Steuern, Seite 9, 5. Absatz</b></p> <p>»Großkonzerne sollen nach dem Anteil ihrer Aktivität im steuererhebenden Staat besteuert werden.<sup>74</sup> Diese Steuererhöhung träfe indirekt vor allem kleinere Unternehmen. Konzerne würden die Steuer einfach an ihre Kunden weitergeben, darunter etliche Mittelständler.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Das Konzept der sogenannten Gesamtkonzernbesteuerung<sup>75</sup> aus dem Europa-Wahlprogramm der AfD scheint nicht auf der Linie des Lobbyverbands Die Familienunternehmer e.V. zu liegen. Inwiefern die Gesamtkonzernbesteuerung »indirekt vor allem kleinere Unternehmen [träfe]«, weil Konzerne »die Steuer einfach an ihre Kunden weitergeben [würden]«, ist fraglich und ist im Rahmen des Gesamtsteuerkonzepts des AfD-Fraktion zu beachten (siehe oben unter 5. Steuern, Seite 9, 3. Absatz).</p>

<sup>74</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024

<sup>75</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, S. 26

»Ebenfalls zum Nachteil der meisten Betriebe: Die AfD will die Grunderwerbsteuer bei Eigennutzung abschaffen – aber nur für Wohneigentum und Landwirtschaft, nicht für Gewerbe- und Immobilienflächen.«

Stimmt mit den Standpunkten der AfD-Bundestagsfraktion überein.  
»Das unmäßige Anheben von Grundsteuer und Grunderwerbsteuer ist ebenfalls kostentreibend, für Bauherren investitionshemmend und schlägt auf die Wohnkosten für Mieter und Eigentümer gleichermaßen durch.«<sup>76</sup> Die AfD-Fraktion stellt vor allem auf die Förderung des Eigentumserwerbs durch Familien ab. »Die Grunderwerbsteuer [muss] zudem familienfreundlich gestaltet und damit der große Kostenblock der Kaufnebenkosten reduziert werden, um besonders Familien eine Eigentumsbildung zu ermöglichen. Insgesamt soll beim Erwerb von Immobilien zu eigenen Wohnzwecken keine Grunderwerbsteuer anfallen. [...] All dies sollte mit Haltefristen wegen des begünstigten Erwerbs verbunden werden.«<sup>77 78</sup>  
Zugleich spricht sich die AfD gegen die Gestaltungsmöglichkeiten bei Share-Deals aus.<sup>79 80</sup>

<sup>76</sup> AfD-Grundsatzprogramm, S. 186

<sup>77</sup> Finanzpolitische Leitlinien, Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion, Berlin, August 2023, S. 54 f

<sup>78</sup> Bundestagsdrucksachen 20/10728, 20/3204

<sup>79</sup> Finanzpolitische Leitlinien, Arbeitskreis Finanzen der AfD-Bundestagsfraktion, Berlin, August 2023, S. 55

<sup>80</sup> Bundestagsdrucksache 20/697

6. Energie	6. Energie
<p><b>6. Energie, Seite 10, 1. und 2. Absatz (redundant bzw. zusammengehörig)</b></p> <p>»Die AfD lehnt jegliche Klimaschutzanstrengungen sowie die Umstellung der Energieversorgung auf CO<sub>2</sub>-neutrale Energieträger ab, da sie den vom Menschen verursachten Klimawandel anzweifelt.<sup>81</sup> Notwendigen europäischen oder globalen Lösungen stellt sich die Partei entgegen.</p> <p>Nach AfD-Willen soll Deutschland alle internationalen Klimavereinbarungen aufkündigen sowie alle Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene abschaffen.<sup>82</sup> Ihrer teilweise berechtigten Kritik an der Umsetzung der Energiewende folgt keine Lösung. Da sie CO<sub>2</sub>-Bepreisung grundsätzlich ablehnt<sup>83</sup>, wäre mit der AfD auch kein Zertifikatehandel machbar. Deutschland würde den effizienten, marktwirtschaftlichen Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung verlassen, der in den bereits einbezogenen Sektoren Industrie und Energie sehr erfolgreich ist.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Klimapolitik der AfD (Wirkung des CO<sub>2</sub>) wurde erstaunlicherweise gar nicht bewertet, zumindest nicht in der Sichtweise der »Grünen«. Die Ausführungen des Vereins Die Familienunternehmer e. V. sind inkonsistent: Wenn es keine Gefahr gibt (sie führen keine an), dann gibt es auch keinen Anlass für teure Maßnahmen wie die »Energiewende« bzw. den vorgeschlagenen Emissionshandel. Somit ist dieser Zertifikatehandel, welcher letztendlich enorme zusätzliche Kosten für die Bürger zur Folge hat, gerade nicht die behauptete effizienteste Lösung, sondern der komplette Verzicht darauf.<sup>84</sup> Die »Energiewende« ist somit folgerichtig zu unterlassen, und nicht etwa – wie behauptet – anderweitig umzusetzen. Des Weiteren hat die AfD-Bundestagsfraktion durchaus energiepolitische Alternativen dargelegt (siehe unten 6. Energie, Seite 10, 3. Absatz).</p>
<p><b>6. Energie, Seite 10, 3. Absatz</b></p> <p>»Die AfD ist gegen den Ausbau Erneuerbarer Energien und für den Rückbau von Windenergie.<sup>85</sup> Ein solcher Ausbaustopp nähme Unternehmen, die langfristige Energieverträge abgeschlossen haben, wichtige Planungssicherheit. Mit der geforderten Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen ließe sich die Politik auf einen Akteur ein, der die</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Auffällig ist die Behauptung (sinngemäß), dass die AfD nur keine »Erneuerbaren Energien« wolle, aber – durch Nichtnennung implizit ausgedrückt – keine Alternative hätte (außer russisches Erdgas). Die Hinwendung der AfD zur Kernenergie und die Nutzung der Kohleenergie wurden nicht benannt, auch fehlt die Forderung nach diversifizierten</p>

<sup>81</sup> AfD-Grundsatzprogramm

<sup>82</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, AfD-Anträge im Deutschen Bundestag vom September und November 2023

<sup>83</sup> AfD-Programm zur Europawahl 2024, AfD-Antrag im Deutschen Bundestag vom November 2023

<sup>84</sup> Bundestagsdrucksachen 20/9505, 20/8417, 20/6915, 20/4386, 20/1546, 20/36, 19/22451, 19/22450, 19/20075

<sup>85</sup> AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021

<p>Lieferungen schon einmal für politische Erpressung nutzen wollte und dann aus politischen Gründen eingestellt hat.«</p>	<p>Quellen für Erdgas (auch, aber nicht nur russisches Erdgas). All dies würde die Energiekostenreduktion und -versorgungssicherheit sicherstellen.<sup>86</sup></p> <p>Die AfD-Bundestagsfraktion hat zudem den Umgang und die Handhabung mit Erneuerbaren Energien im Falle einer Beendigung ihrer Förderung thematisiert sowie Bedingungen zur Aufrechterhaltung von erteilten Genehmigungen zum Bau und Betreiben von Erneuerbaren Energien formuliert.<sup>87</sup></p> <p>Das Argument, dass im Kontext der Erneuerbaren Energien die Unternehmen Versorgungsverträge abgeschlossen haben und nun durch die Vorhaben der Fraktion Nachteile erfahren würden, verfängt nicht, denn als rechtstaatliche Fraktion würde die AfD den Vertrauensschutz wahren. Die Familienunternehmer geben mit ihren Ausführungen implizit zu, diese staatlich stark subventionierte Energiepolitik mitzutragen und sich damit der insoweit stattfindenden kostspieligen Planwirtschaft zu öffnen. Das Auslaufen der EEG-Förderung würde zudem eine Übergangszeit für die Unternehmer gewähren.</p>
<p><b>7. Digitalisierung</b></p>	<p><b>7. Digitalisierung</b></p>
<p><b>7. Digitalisierung, Seite 10, 1. Absatz</b></p> <p>»Beim wichtigen Zukunftsthema Digitalisierung mangelt es der AfD an Ideen und Konzepten, gleichzeitig verstrickt sie sich in Widersprüchen. Gegenüber neuen Technologien und deren Chancen überwiegt Skepsis.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern muss dem Menschen dienen, ohne seine Freiheitsrechte zu beschneiden. Das Wort Skepsis bedeutet »Betrachtung, Untersuchung, Prüfung« und sollte die Grundlage politischen Handelns darstellen.</p>

<sup>86</sup> Bundestagsdrucksachen 20/9155, 20/8874, 20/8744, 20/8742, 20/7396, 20/6537, 20/6533, 20/6190, 20/6189, 20/4919, 20/4062, 20/3942, 20/3595, 20/2662, 20/2661, 20/2660, 20/2592, 20/1862, 20/1145, 20/1021, 20/274, 20/35, 20/34, 20/32, 19/27773, 19/23955, 19/23714, 19/22458, 19/22446, 19/22435, 19/22431, 19/22427, 19/20679, 19/17127, 19/9963

<sup>87</sup> Bundestagsdrucksache 19/23714

<p><b>7. Digitalisierung, Seite 10, 2. Absatz</b></p> <p>»Die Ablehnung aller EU-Digitalisierungsverordnungen und die Forderung nach einer ›Regulierung der Digitalisierung in nationaler Hand‹<sup>88</sup> zeigen, dass die AfD die grenzüberschreitende Dimension digitaler Geschäftsmodelle offenbar nicht verstanden hat. Auch zur digitalen Stadt (Smart City) hat sie keinerlei Konzepte.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>EU-Verordnungen treten in Kraft ohne die Zustimmung nationaler Parlamente. Diese Situation sieht die AfD-Bundestagsfraktion kritisch, da auf diesem Weg Gesetze durchgesetzt werden können, die den Interessen Deutschlands zuwiderlaufen.</p> <p>Dass wir keine Position zur Smart City haben, ist falsch. Eine »smarte« Stadt soll dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Eine Überwachung von Bürgern mittels Sensoren und Kameras lehnen wir ab.<sup>89</sup></p> <p>Wir vertreten im Antrag »Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt«<sup>90</sup> eine dezidiert menschen- und nicht technikorientierte Position zur Smart City und wollen den Einfluss der BigTech-Unternehmen eindämmen. Nicht Verhinderung, sondern lediglich Steuerung im Sinne unseres Landes und Volkes ist unsere Position. Tatsächlich treten wir bei Digitalisierungsinitiativen im Baugeschehen für die zusätzlich analoge Lösung ein, denn kein Bürger darf gezwungen werden, sich Geräte oder Programme anzuschaffen, um sein Bürgerrecht (z. B. Mitbestimmung bei Bürgerentscheiden oder Planfeststellungsverfahren) auszuüben. Eine rein technizistische Argumentation kritisieren wir aus eben diesem Grund.</p>
<p><b>7. Digitalisierung, Seite 10, 3. Absatz</b></p> <p>»Im großen Widerspruch zum Bürokratieabbauziel der AfD steht die Forderung nach einem ›Recht auf analoges Leben‹, was für die Partei bedeutet, dass der Umgang mit Behörden auch ohne digitale Identität möglich sein muss.<sup>91</sup> In der Realität würde damit die Digitalisierung der</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Die AfD spricht sich für eine effiziente Digitalisierung von Verwaltungsleistungen für Bürger und Unternehmen aus, ohne einzelne Personengruppen zu benachteiligen. Rechtliche Hürden für den Datenaustausch zwischen staatlichen Stellen müssen grundsätzlich verringert werden,</p>

<sup>88</sup> AfD-Europawahlprogramm 2024, S. 42

<sup>89</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion zu »Smart-Cities-Strategie«, Bundestagsdrucksache 19/28449

<sup>90</sup> Bundestagsdrucksache 20/5618

<sup>91</sup> AfD-Europawahlprogramm 2024

<p>Verwaltung um Jahrzehnte verzögert. Komplette unmöglich würde sie ohne die von der AfD abgelehnte Registermodernisierung<sup>92</sup>, die das Once-Only-Prinzip in der öffentlichen Verwaltung erst ermöglicht.«</p>	<p>um das »Once-Only«-Prinzip wirkungsvoll umzusetzen und Doppelabfragen von Daten zu vermeiden.<sup>93</sup></p> <p>Der Gesetzentwurf zur Registermodernisierung wurde aus verfassungsrechtlichen Bedenken abgelehnt, da eine Steueridentifikationsnummer als behördenübergreifendes Personenkennzeichen eingeführt werden sollte und dies als unvereinbar mit der Menschenwürde angesehen wird.<sup>94</sup></p>
<p><b>7. Digitalisierung, Seite 10, 4. Absatz</b></p> <p>»Die AfD fordert zudem die Abschaffung der DSGVO und ein ›neues, schlankes Datenschutzrecht‹. Im selben Atemzug pocht sie aber darauf, die ›Freiheit der Bürger in Bezug auf Wort und Daten [zu] sichern‹<sup>95</sup>, ohne jedoch auszuführen, wie dies in der Realität aussehen soll.«</p>	<p><b>Fachpolitischer Standpunkt</b></p> <p>Strafrechtlich relevantes Verhalten muss konsequent verfolgt und geahndet werden. Dies rechtfertigt jedoch nicht eine anlasslose permanente Kontrolle aller Bürger in ihrem Alltag. Die Datenschutz-Grundverordnung ist ein Beispiel für überbordende Bürokratie durch die Europäische Union und schafft einen Wettbewerbsnachteil für deutsche Unternehmen.<sup>96</sup></p>

<sup>92</sup> AfD-Europawahlprogramm 2024

<sup>93</sup> Bundestagsdrucksache 20/8875

<sup>94</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion zur »Registermodernisierung«, Bundestagsdrucksache 19/26232

<sup>95</sup> AfD-Europawahlprogramm 2024

<sup>96</sup> Antrag der AfD-Bundestagsfraktion »Freiheit im Internet – Bürgerrechte stärken«, Bundestagsdrucksache 19/10172